

„Entweder Kinder kriegen oder Grenzen öffnen“

Der Patient leugnet seine Krankheit: Experten sind über die konzeptionslose deutsche Ausländerpolitik bestürzt

Von Jakob Augstein

München, im November – Die Unionsparteien bleiben sich treu: Auch in dieser Legislaturperiode wollen sie kein Einwanderungsgesetz vorlegen und sich weiterhin gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wehren. Unter den Experten ist freilich unstrittig: Die Bundesrepublik ist längst ein Einwanderungsland. Die C-Parteien verzichten darauf, mit einer zielgerichteten Immigrationspolitik die sozialen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands wahrzunehmen. Unterdessen machen sich andere an die Arbeit: In Weimar, Bonn und Essen trafen sich in der vergangenen Woche Immigrations-Experten der Parteien, Gewerkschaften und Kirchen mit Sozialwissenschaftlern aus mehreren europäischen Staaten und suchten nach Formulierungen für eine deutsche Einwanderungspolitik.

Bis 2030 wird die deutsche Bevölkerung um 14 Millionen Menschen schrumpfen; noch kommen im System der deutschen Sozialversicherung auf 100 Beitragszahler 36 Rentner – in einigen Jahren werden es zweitweilig doppelt so viele sein; das Durchschnittsalter der Deutschen wird auf 45 Jahre anwachsen – und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft könnte nachlassen. Um im Jahr 2050 noch den gleichen Bevölkerungsstand zu haben wie heute, müßten bis dahin jährlich 450 000 Menschen zuwandern. Die Alternative wäre ein schrumpfendes Bruttozialprodukt und womöglich sinkender Lebensstandard. „Mehr Transparenz in der Einwanderungspolitik und weniger Ideologie in der Diskussion darüber“ wünschte sich Bernd Hof vom Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft während der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Europäischen Einwanderungspolitik in Bonn. Die ökonomische Zwangslage der Zukunft brachte Hof auf den Punkt: „Entweder Kinder kriegen oder Grenzen öffnen.“

Im vergangenen Jahr kamen zwar insgesamt 1,2 Millionen Menschen aus dem Ausland nach Deutschland – von denen blieben jedoch nur 300 000 hier. Fast alle sind Flüchtlinge, Aussiedler und Familiennachzügler – nach Ansicht der Fachleute werden das auch in Zukunft nicht die Gruppen sein, die die deutsche Wirtschaft braucht, um den Mangel an Arbeitskräften von morgen auszugleichen. Not tut eine Einwanderungspolitik, die sich gezielt der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft annimmt. Das ist die ökonomische Dimension.

Dann ist da die soziale Dimension: Annähernd sieben Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik, das sind

8,5 Prozent der Bevölkerung. In größeren Städten wie München, Frankfurt und Stuttgart hat beinahe jeder vierte Bürger keinen deutschen Paß. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist heute so hoch, wie nie zuvor. Kein Wunder: Die Bundesrepublik tut nichts, um die wirkliche Integration der seit Jahrzehnten hier lebenden früheren „Gastarbeiter“ und ihrer Nachkommen zu befördern – durch deren Einbürgerung. Nur rund 37 000 Ausländer, die nicht über ein Aussiedler-Ticket nach Deutschland einreisten, wurden im vergangenen Jahr Deutsche.



AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND: Um im Jahr 2050 noch den gleichen Bevölkerungsstand zu haben wie heute, müßten bis dahin jährlich 450 000 Menschen zuwandern. Photo: dpa

Annähernd 1,5 Millionen der Ausländer leben länger als 20 Jahre hier, eine Million länger als 15 Jahre. Die wenigsten stellen einen Antrag auf Einbürgerung – die zwar langwierig und schwierig, aber immerhin möglich ist. Grund: Sie wollen nicht auf ihre alte Nationalität verzichten, möglicherweise Erbsprüche in der alten Heimat verlieren und den letzten Rest

ihrer gesellschaftlichen Stellung dort einbüßen. Der Hamburger Politikwissenschaftler Hakki Keskin schätzte auf der Migrations-Konferenz der Stadt Essen, daß 80 Prozent der Ausländer einen deutschen Paß beantragen würden, wenn das deutsche Recht nicht von ihnen verlangen würde, ihren alten vorher abzugeben.

Auf das Reizwort von der doppelten Staatsbürgerschaft reagieren Vertreter der C-Parteien mit einem unbestimmten Gemurmel über mögliche Loyalitätskonflikte zwischen alter und neuer Heimat: Von solchen konnten in Essen die Professoren aus Großbritannien, Frankreich und Schweden freilich nicht berichten, die über die Einwanderungslage in ihren Ländern referierten – in all diesen Staaten ist die doppelte Staatsbürgerschaft üblich und unproblematisch. Auf der einen Seite also der soziale Sprengsatz, den es zwangsläufig bedeuten muß, wenn sich ein Land über Jahre hinweg eine ständig wachsende Gruppe rechtlich deklassierter Einwohner hält – auf der anderen Seite die objektiven Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft, die in einer absehbaren Zukunft nicht mehr aus dem einheimischen Arbeitskräftepotential befriedigt werden können. Die Regierung leugnet das Problem, anstatt eine Lösung zu suchen.

Dabei wäre die Gelegenheit günstig: „Im deutschen Migrations-Konflikt herrscht zur Zeit eine Atempause“, beschreibt der Osnabrücker Zeitgeschichtler Klaus Bade die schwebende Situation der ungelösten deutschen Einwanderungsfrage. Politik und Medien hätten sich im Wahljahr 1994 vor der „Titanic-Hysterie“ des Asyl-Streits in Desinteresse und De-Sensibilisierung geflüchtet. Auf einer Tagung der Deutsche Nationalstiftung zur Einwanderungspolitik in Weimar, warnte Bade vor den Gefahren, die dieser Rückzug aus der Debatte bedeuten kann: „Patienten ohne Krankheitseinsicht sind nur bedingt therapiefähig.“

Der Migrationsforscher ist einer von 60 Professoren, die Ende des vergangenen Jahres ein Plädoyer für eine deutsche Einwanderungspolitik vorgelegt hatten. Die Akademiker hatten der Politik Denkwürdiges hinter die Ohren geschrieben: „Die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ist weder allein pathologischer Ausdruck einer allgemeinen Zivilisationskrise noch ‚natürliche‘ Reaktion auf Zuwanderungsdruck. Sie ist auch eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik.“